

Fleißig und trotzdem arm...

Vom „Tellerwäscher zum Millionär“ – dieser „amerikanische“ Traum verspricht, dass jede*r, wenn er oder sie sich nur genug anstrengen würden, reich werden könne. Dabei hat Armut nichts mit Fleiß, Hartnäckigkeit oder Intelligenz zu tun. Doch der Armut zu entkommen ist kaum möglich. Und reich wird nur, wer schon reich ist.

Seite 2

Russland: Putin unter Druck

2018 erwarteten die Herrschenden in Russland die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, die Fußball-WM zu feiern und die Unterstützung bei den Regionalwahlen im September zu festigen. Doch die massiven Jugendproteste gegen die Pensionsreform sind nur die Vorboten für breitere Proteste. Rob Jones von der Sozialistischen Alternative (CWI in Russland) berichtet.

Seite 12

Schwerpunkt

Von Irland über Polen bis Argentinien: Frauen haben in vielen Bereichen ihre Kampfbereitschaft gezeigt. Nun liegt es daran, diese Stimmung einen Schritt weiterzubringen.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 275 | 03.19

Die schwarz-blaue Regierung greift Frauen an! Schlagen wir zurück!

Am 8. März ist Frauentag. In den Tagen rund um diesen Termin wird wieder viel geschrieben darüber, dass Frauen „viel erreicht“ haben aber auch noch „viel zu tun“ ist. In manchen Ministerien werden vielleicht Blumen verteilt, oder vielleicht kocht der Herr Minister sogar höchstpersönlich einen Kaffee für die Kolleg*innen! Und natürlich gibt es auch ganz viele Presstermine wo die Regierung – ganz im Sinne der Kurzschen „Message Control“ – sich abfeiert dafür, was sie alles für Frauen tut. Soweit die Propaganda.

drängen Frauen aus dem Job, insbesondere wenn gleichzeitig die Kinderbetreuung verteuert wird. Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen zwingen Frauen zu mehr unbezahlter Arbeit in der Familie. Die Steuerreform begünstigt jene, die viel verdienen. Frauen, insbesondere Alleinerziehende gehören in der Regel nicht dazu. Das Thema Gewalt gegen Frauen interessiert die Regierung nur, wenn sie es für rassistische Maßnahmen nutzen kann. Und die Kürzung bei diversen Fraueneinrichtungen so-



Wo sind die Gewerkschaften, wenn es darum geht, die Angriffe der Regierung auf Frauen abzuwehren?

Die Realität sieht aber anders aus. Abseits der schönen Worte setzt die Regierung Maßnahmen um, die für all jene negative Folgen haben, die nicht reich und mächtig sind. Und dazu gehören Frauen überdurchschnittlich oft. Längere Arbeitszeiten

wie die Angriffe auf die Fristenlösung rundet das reaktionäre Bild ab.

Dass all das nicht unwidersprochen bleibt zeigt sich auf allen Ebenen: Bei den Streiks im Sozialbereich waren Frauen an der Spitze. Auch bei den Pro-

testen gegen die Angriffe auf Krankenkassen, Sozialversicherung und Arbeitszeit. Es sind gerade auch junge Frauen, die ein „zurück“ nicht so einfach hinnehmen. Wer allerdings fehlt sind die Gewerkschaften. Frauenthemen sind für sie nur

„Randthemen“. Ein Streik für die Forderungen von Frauen – für bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeiten, kostenlose Kinderbetreuung, Selbstbestimmungsrecht über unsere Körper etc. – wie er in immer mehr Ländern aufgestellt wird kommt in der Gedankenwelt der Gewerkschaftsspitzen nicht vor. Solange das so bleibt, nützt das der Regierung. Also ändern wir es und beginnen den Kampf – Jetzt!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Milliarden für Bildung, Gesundheit und Soziales: Das reduziert die unbezahlte Arbeit von Frauen!
- Löhne rauf, Mieten runter hilft gerade auch Frauen!
- Frauenthemen sind Gewerkschaftsthemen – 365 Tage im Jahr!



von Sonja Grusch Früher hieß es „geh doch rüber“ – gemeint war der stalinistische Osten. Dann kam den Herrschenden das Feindbild abhandeln. Als Chavez vom „Sozialismus des 21. Jahrhundert“ sprach, wurde allen, die mit sozialistischen Ideen sympathisierten, das „Schreckgespenst“ Venezuela vorgehalten.

Die aktuelle Pattsituation zwischen Maduro und Guaidó hat auch die österreichische Politik auf den Plan gerufen. Kurz, der sich positiv auf die „erfolgreiche Außenpolitik“ von Trump bezog, hat Guaidó als „legitimen Übergangspräsidenten“ anerkannt. Dass es dabei nicht um Demokratie geht, wird spätestens dann klar, wenn man die sonstigen Partner von Kurz&Co ansieht. Die FPÖ-Nähe zu Putin ist bekannt, jene der ÖVP zu Orban und Salvini ebenso. Die metternichschen Bestrebungen von Kurz, die Informationspolitik zu steuern gehen Hand in Hand mit Überwachungs-

Warum es in Venezuela auch um Österreich geht

plänen. Es geht auch nicht wirklich um Demokratie, zentral kreidet Kurz die „sozialistische Misswirtschaft“ an. Wieder muss ein System, das ja eben gerade nicht sozialistisch ist, als Argument gegen staatliche Sozialprogramme, Umverteilungspolitik und internationale Kooperation der Unterdrückten erhalten. Wäre Venezuela tatsächlich sozialistisch, wäre die Wirtschaft verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten gestellt worden. Doch darauf haben die Chavistas auch in Hoffnung auf Unterstützung der kapitalistischen Staaten bewusst verzichtet. Abseits aller Unterschiede ist in Venezuela, wie auch in Österreich der Versuch gescheitert, dem Kapitalismus durch staatliche Sozialprogramme die Zähne zu ziehen. Wer eine Revolution nur zu 50% macht, sieht sich einer Konterrevolution von 100% gegenüber. Der Vorstoß von Kurz in Venezuela ist Teil seiner Strategie in Österreich, Sozialmaßnahmen abzubauen und Widerstand zu unterdrücken. Beides gehört daher bekämpft.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Fleißig und trotzdem arm...

Vom „Tellerwäscher“ zum Millionär – dieser „amerikanische“ Traum verspricht, dass jede*r, wenn er oder sie sich nur ge-

bzw. ausgrenzungsgefährdet sind liegt vielmehr an den Widersprüchen des Kapitalismus. Man braucht das nötige Klein-

aber ein Weg um reich zu werden.

In den vergangenen 150 Jahren hat sich die Arbeiter*innenklasse viele Errungenschaften (das Recht auf Bildung, Arbeitslosenversicherung, etc...) erkämpft, um der kapitalistischen Armutsfalle zumindest ein Stück weit zu entgehen. Diese stehen einem Kürzungsdauerfeuer gegenüber. Das trifft vor allem jene Menschen, die sowie so schon am Rand der Gesellschaft stehen: Frauen mit Betreuungspflichten, Migrant*innen oder alte Menschen sind in der kapitalistischen Ellenbogenideologie chancenlos. Wehren wir uns gemeinsam!

Moritz Erkl

Es gibt kein Recht auf Reichtum, solange es Armut gibt!

nug anstrengen würden, reich werden könne. Bezieher*innen von Mindestsicherung (BMS) oder Notstandshilfe, die, laut Bundeskanzler Kurz, „zu lange schlafen“ würden, wären somit einfach zu faul.

Dabei hat Armut nichts mit Fleiß, Hartnäckigkeit oder Intelligenz zu tun. Die Tatsache dass im reichen Österreich 1,5 Millionen Menschen armuts-

geld für eine Spitzenausbildung, um Immobilien zu kaufen, mit Aktienpaketen zu spekulieren, für das Startkapital einer Firma, die wirklich Geld abwirft und um andere für sich arbeiten zu lassen. Firmengründungen führen in Wirklichkeit oft in die Scheinselbstständigkeit: kein Weg aus dieser Misere, da 1-Personen-Unternehmen v.a. Selbstausbeutung sind, nicht

Eine menschenverachtende Logik: Armut tötet!

Die aktuellste Studie der Statistik Austria stellt erneut unter Beweis: arme Menschen sterben früher. Je länger der manifest arme Zustand andauert, desto stärker verringert sich die Lebenserwartung (bei Männern um bis zu 12 Jahre). Dies liegt an den Arbeitsbedingungen, welche diese oft in Kauf nehmen müssen, aber auch an der psychischen Belastung die die ständige Existenzangst mit sich bringt. Wenn die Beheizung der

eigenen Wohnung eine finanzielle Hürde darstellt, sind Gesundheitsbeeinträchtigungen vorprogrammiert.

Der zunehmende Trend in Richtung einer 2-Klassen-Medizin folgt hier einer makaberen Logik: Menschen, die auf Grund von Alter und Krankheit nicht in der Lage sind zu arbeiten, verursachen in einem „Sozialstaat“ (Behandlungs-) Kosten ohne entsprechende Einnahmen. Tote aber kosten nichts...



Reich von Gottes Gnaden?

Den vielen Armen stehen wenige Reiche gegenüber: das reichste 1% Prozent der Bevölkerung besitzt ein Viertel des Reichtums und katapultiert Österreich damit an die Spitze der Staaten mit der höchsten Vermögensungleichheit.

Die Multimillionär*innen in Österreich sind dies nicht, weil sie 24h/Tag und sieben Tage/Woche schuften. Die allermeisten haben geerbt und machen zu 40% den größten Teil der Vermögensungleichheit in Österreich

aus. Gerade der ehemalige österreichische Adel (z.B. Esterházy) ist hier zu nennen.

Denn dieses Vermögen in Form von Firmen, Anteilen, Immobilien oder Grund und Boden können Menschen aus der Arbeiter*innenklasse nicht erreichen. Blanker Lohn ist es, wenn der Erbe von Schloss und Fima und steinreiche ehemalige Wirtschaftsminister Bartenstein sich selbst als typischen „Mittelständler“ bezeichnet.



FPÖ = Partei der Reichen!

Arbeiterkammer (AK)- & EU-Wahlen sind die ersten bundesweiten Tests für die Regierungspartei FPÖ. Die Auflösung ihrer

Trotzdem halten ihre aktuellen Umfrageergebnisse (für Nationalrats- & EU-Wahl) im Vergleich zu den letzten Wahlen das

Rhetorik zu geben. Auch in der Regierung versucht sie, ihr Anti-Establishment-Image so weit aufrecht zu erhalten, wie es

pital kaum. So kann die FPÖ auch von der Regierungsbank aus von der Krise und dem Vertrauensverlust dieser Institutionen der bürgerlichen Demokratie profitieren. Denn: Es gibt keine Arbeiter*innenpartei, die eine wirkliche Alternative zum bürgerlichen Sumpf anbietet. Die ist allerdings nötig, um die Politik der FPÖ (egal, von welchen Parteien sie umgesetzt wird) zu bekämpfen. Der ÖGB nimmt die Verantwortung, Schritte in diese Richtung zu beginnen, nicht wahr. Er versucht stattdessen, als SPÖ-Anhängsel die verwesende Sozialpartnerschaft zu reanimieren und will Teil des Establishments bleiben.

Flo Klabacher

*Klebt die Gewerkschaftsführung an der SPÖ, muss die Basis was für eine neue Arbeiter*innenpartei tun!*

Tiroler AK-Fraktion als Reaktion auf die Einführung des 12-Stunden-Tages zeigt die Enttäuschung von Arbeiter*innen, die der sozialen Rhetorik der FPÖ geglaubt hatten: Kürzungen bei AUVA, Krankenkassen, AMS, Mindestsicherung, Notstandshilfe, Senkung von Unternehmenssteuern in Form von Lohnnebenkosten,... machen deutlich: Die FPÖ ist keine Arbeiter*innenpartei.

Niveau. Vor Allem, weil es keine Partei gibt, die als politische Alternative wahrgenommen wird. Umfragen zeigen: Der Großteil der ÖVP- & FPÖ-Wähler*innen vertraut diesen Parteien nicht. Aber warum sollte jemand Rendi-Wagner wählen? Dass die SPÖ heute eine völlig angepasste bürgerliche Partei ist, hat der FPÖ die Chance gegeben, sich als ungeschliffene Protestpartei mit sozialer

dem Kapital nicht weh tut. Der Zusatz „sozial“ musste aus dem Heimatpartei-Slogan allerdings entfernt werden.

Unabhängigkeit der Justiz, Menschenrechtskonventionen oder Medienfreiheit (in dem beschränkten Ausmaß, in dem sie existieren) in Frage stellen oder versuchen, EU und UNO weiter nach rechts zu drücken oder zu ignorieren, stört das Ka-

Was braucht eine Arbeiter*innenpartei?

Wer im Nationalrat 14x €8.930 einsteckt, spürt nichts von Preiserhöhungen bei Wohnen & Verkehr, leistet sich private Zusatzversicherungen, finanziert der Familie private Bildung und hat mit den Problemen von „Normalos“ nichts zu tun. Funktionär*innen sollten nie mehr verdienen, als die Leute, die sie vertreten: Ein durchschnittlicher Facharbeiter*innenlohn muss reichen.

Arbeiter*innenparteien sind lebendige Strukturen und in der Klasse verankert. Grundsätze, Programm und Kampagnen werden von der Basis bei Aktivist*innentreffen, Konferenzen und Veranstaltungen diskutiert, beschlossen und umgesetzt. Funktionär*innen müssen rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar sein. So wird sichergestellt, dass demokratische Beschlüsse nicht „von oben“ gekippt werden können.

Die meisten früheren große Arbeiter*innenparteien sind an der Logik des „kleineren Übels“ gescheitert: Um „schlimmeres zu verhindern“ werden Koalitionen mit dem Bürgertum eingegangen, Kürzungen, Rassismus,... mitgetragen, der Kapitalismus nur verwaltet. Diese Parteien wurden Teil des Establishments und sind kein Werkzeug mehr im Kampf gegen den Kapitalismus. Ein unabhängiges Klassenprogramm ist also essentiell.

Die wahre Macht liegt in den Betrieben. Kapitalismus lässt sich nicht abwählen. Selbst eine linke Mehrheit im Parlament wird mit Sabotage durch das Bürgertum bis hin zum Putschversuch konfrontiert sein. Eine Arbeiter*innenpartei kann die Institutionen der bürgerlichen Demokratie nützen, soweit es geht – aber immer mit dem Ziel, so die entscheidenden Bewegungen in Betrieben und auf der Straße zu stärken.

Der rechte Rand

„Die Stimme“ konnte jüngst rund 700 vermutlich großteils ahnungslose Personen zum „Trauermarsch“ anlässlich eines Frauenmordes in Wr. Neustadt mobilisieren. Nun versucht sie eine Kandidatur bei den EU-Wahlen. Dahinter steht der wegen seiner Nähe zum Neonazismus aus der FPÖ ausgeschlossene Markus Ripfl. Er ist Gemeinderat in Orth an der Donau, schlagender Burschenschafter (Olympia) und war RFS- und RFJ-Funktionär. Weitere „Die Stimme“-Gründer sind die schlagenden Burschenschafter Viktor Erdesz und Bernhard Neuhofer, welcher ebenfalls die FPÖ verlassen musste, nachdem er Beiträge neonazistischer Seiten geteilt hatte. Die „Einzelfälle“ der FPÖ also. Ripfl beschwört den „Endkampf um unser Volk“, wehrt sich gegen die Central European University in Wien, da Wien „nicht zur Ausbildungsstätte der Volkszerstörer von morgen verkommen“ dürfe, beklagt den „Schuldkult“... Er trat bei der deutschen NPD auf, wo er sich „für unser gemeinsames Volk“ eine „deutsche Zukunft“ wünschte. Neonazistische Wortwahl, rassistisches und reaktionäres Programm sind auch die „Grundsatzpunkte“ der „Stimme“. Sie sind voll von „Bedrohung des Volkserhaltes“, „deutschstämmigem, österreichischen Volk“, Beschränkung „der Ausgaben für diejenigen, welche sich nicht um den Staat verdient gemacht haben“, „Vorteile der Gründung einer klassischen Familie“, „Volksbewusstsein“. Es ist jener rechte Rand der FPÖ, den sich diese als „staatstragende“ Regierungspartei nicht mehr leisten möchte, wenn es zu arg und öffentlich wird.

Helga Schröder

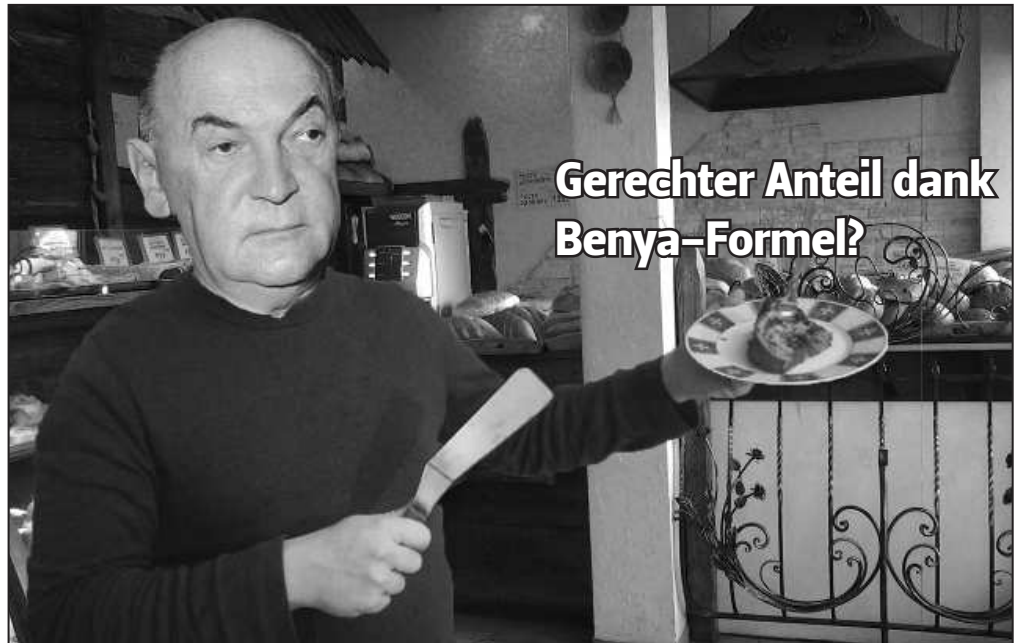
Erfolg durch Streik im Sozialbereich?

Mit 3,2 % Lohnerhöhung und einem zusätzlichen Urlaubstag nach zwei Dienstjahren war der Kollektivvertrags-Abschluss im privaten Sozial- und Pflegebereich etwas höher als die Jahre davor. Möglich war das nur auf Basis der Warnstreiks 2018 und 2019. Doch die gesetzten Ziele – 6 % mehr Lohn und Arbeitszeitverkürzung auf 35 h/Woche – wurden nicht erreicht. Die „hohe“ Lohnforderung sollte die Kluft im Verdienst dieser Frauenbranche zu anderen Branchen verringern und v.a. die niedrigen Einkommen der vielen Teilzeitbeschäftigten aufbessern.

Doch die Spitzen der Gewerkschaften haben die Forderung schon vor den Streiks sabotiert indem sie öffentlich verlautbarten, sie wollen „über 3 %“. Bei der Arbeitszeitverkürzung hat man sich jetzt schon zum dritten Mal vertrösten lassen, obwohl dies angesichts der hohen Burn-out-Rate den meisten Beschäftigten ein besonderes Anliegen ist. Die Begründung der Gewerkschaftsführung ist wie immer die Behauptung, mehr wäre nicht drin gewesen. Statt auf die existierende Kampfbereitschaft der Kolleg*innen zu vertrauen, brachen sie wieder den Kampf frühzeitig ab.

Schon letztes Jahr führte der Streikabbruch zu Enttäuschung – das verstärkte heuer die Skepsis gegenüber der Strategie der Gewerkschaftsführung. 2019 stand der Streik auf breiteren Beinen. Viele Betriebe nahmen die Sache auch selbst in die Hand und organisierten eigene öffentliche Aktionen. Angesichts dessen denken viele zu recht: Es wäre mehr drin gewesen. Dass viele den Wunsch haben etwas zu tun, zeigen auch die vielfältigen Vernetzungen, die gerade auf betrieblicher und übergreifender Ebene entstehen. So war z.B. die Basisinitiative „Sozial Aber Nicht Blöd“ (bei der sich auch viele Aktivist*innen der SLP engagieren) bei den Demos, Aktionen und in den bestreikten Betrieben präsent, um einen Aktionsplan vorzuschlagen. Wir sind der Meinung: gemeinsame öffentliche Protestkundgebungen hätten die Solidarität zeigen und den Druck erhöhen können und eine Urabstimmung darüber entscheiden, ob wir das Verhandlungsergebnis annehmen oder weiter streiken. Nächstes Jahr haben wir die Chance mit mehr Druck von der Basis das Blatt zu wenden. Bis dahin wollen wir unsere Vernetzung so verbessern, dass unsere Forderungen unüberhörbar sind.

Jan Millionig



Gerechter Anteil dank Benya-Formel?

Trotz Profit kaum Investition

Der ÖGB berechnet Lohnforderungen nicht danach, was die Beschäftigten brauchen, sondern mit der „Benya-Formel“. Die

Anteil der Beschäftigten zurück und Investitionen brechen ein. Der Personalaufwand (Löhne, Gehälter, Sozialversicherung)

dass eine nächste Wirtschaftskrise nur eine Frage der Zeit ist sind sie trotz Gewinnen nicht bereit zu investieren. Dabei sind in vielen Bereichen wie erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung dringend Investitionen nötig.

„Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ ist längst auch Teil der Gewerkschaftsideologie.

berücksichtigt Inflation und Produktivitätswachstum. Die Produktivität steigt mit dem Arbeitsdruck bzw. wenn modernere Technologie eingesetzt wird.

Seit 2013 wuchsen die Gewinne der Groß- und Mittelbetriebe pro Beschäftigtem um 10%. Doch obwohl es „der Wirtschaft“ gut geht, geht der

wuchs um nur 5%. Die Beschäftigten dieser Betriebe erhalten im Durchschnitt 38.000€ weniger Lohn, als sie durch ihre Arbeit neue Werte schaffen. Von diesem Geld werden nur 25-50% wieder investiert, der Rest gehortet oder für den Luxus der Chefs und Aktionär*innen verschwendet. Weil auch die Kapitalist*innen wissen,

Der ÖGB und seine Logik überlassen die Entscheidungen über Investitionen ein paar hundert Superreichen und ihren Profitinteressen. Für die Löhne bedeutet das niedrige Abschlüsse und/oder erhöhten Arbeitsdruck. Wäre es nicht logischer, den Reichtum, den wir alle schaffen auch für alle zu verwenden?

Manuel Schwaiger

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ BRD: Gewerkschaftslinker

Alle zwei Jahre organisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine „Streikkonferenz“. Es geht um den Austausch über die Erneuerung der Gewerkschaften. Bei der 4. Konferenz von 15.-17.2. nahmen über 700 Gewerkschafter*innen teil.

Ein wichtiger Fortschritt ist ein Randtreffen von Kolleg*innen, die die Konferenz nutzten, um einen Schritt weiter zu gehen. Unter dem Motto „Strategiekonferenz 2020 – Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik“ wollen sich kämpferische, aktive und linke Gewerkschafter*innen organisieren, um für einen Kurswechsel der Gewerkschaften zu sorgen, weg von Sozialpartnerschaft und Co-Management der Gewerkschaftsführung. Wie groß das Bedürfnis danach ist, zeigen die 70 Kolleg*innen beim ersten Randtreffen sowie die 17 aufrufenden gewerkschaftlichen Initiativen. Das wäre doch auch was für Österreich...

Die Ergebnisse aus Salzburg, Tirol und Vorarlberg (teilweise sogar Gewinne für ÖVP und FPÖ Listen) und auch die niedrige Wahlbeteiligung zeigen, dass die AK-Wahlen nicht für einen Denkmittel an die Regierung genutzt wurden. Die Gründe: Die SPÖ und damit auch die FSG werden zu Recht nicht als Alternative wahrgenommen. Und die lahme Politik der AK selbst. Sie wird nicht als Kampforganisation gesehen. Wer jahrzehntlang

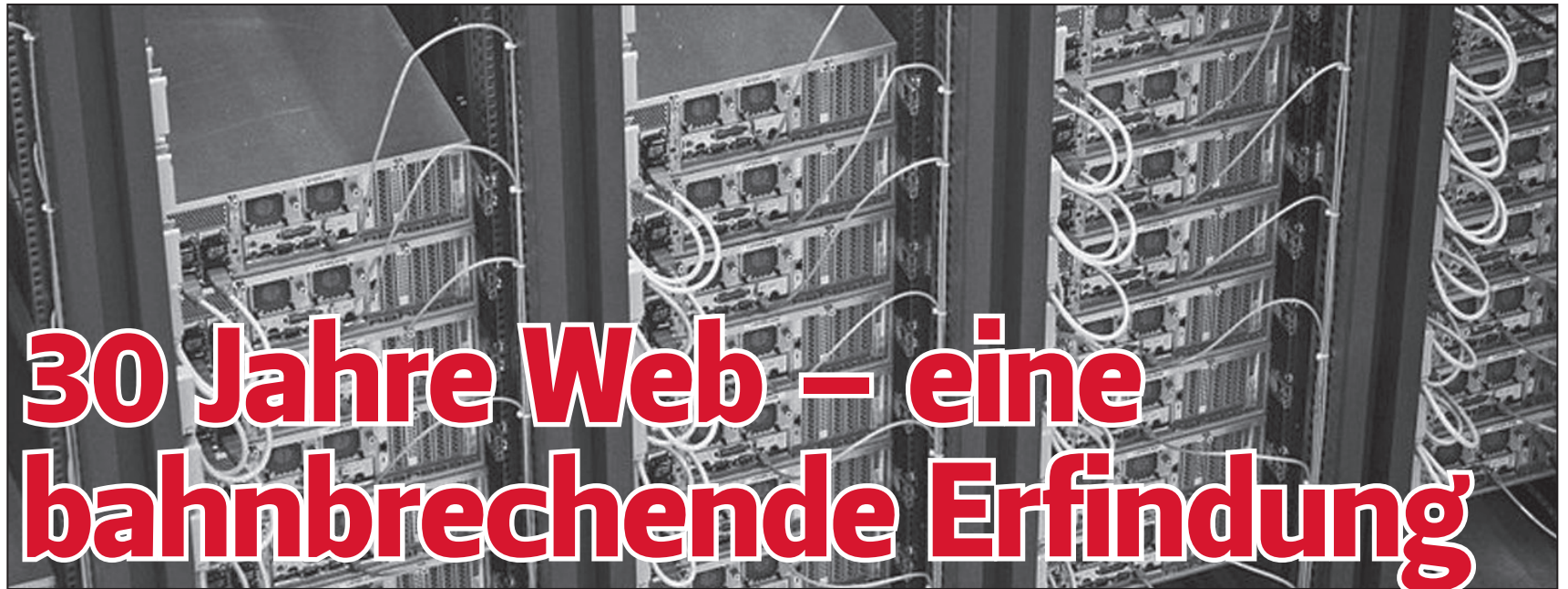
- AK-Wahlen

die Mitglieder zu passiven Konsument*innen degradiert, darf sich nicht wundern, wenn diese dann nicht aus dem Nichts heraus aktiv werden. Es reicht eben nicht, auf die „tollen Serviceleistungen“ hinzuweisen. Es braucht eine Trennung von der SPÖ und ihrer Kürzungspolitik, eine echte Demokratisierung, Privilegienabbau und einen kämpferischen Kurs der AK, der Sozialabbau und Lohnraub ALLER Parteien bekämpft.

Im Sozialbereich finden sich Beschäftigte bei praktisch gleicher Arbeit in fünf Kollektivverträgen wieder. Die von der Gewerkschaft betonte Koordination ist gut, obwohl eigentlich ein Kampf für den Zusammenschluss der KV's nötig wäre. Aber als der SWÖ noch streikte, schloss die Caritas dann doch verfrüht ab. Das Ergebnis: Ein besonders schlechter Caritas-Abschluss, ein geschwächter SWÖ und eine tiefere Spaltung der KV's.

- Caritas

Im Sozialbereich finden sich Beschäftigte bei praktisch gleicher Arbeit in fünf Kollektivverträgen wieder. Die von der Gewerkschaft betonte Koordination ist gut, obwohl eigentlich ein Kampf für den Zusammenschluss der KV's nötig wäre. Aber als der SWÖ noch streikte, schloss die Caritas dann doch verfrüht ab. Das Ergebnis: Ein besonders schlechter Caritas-Abschluss, ein geschwächter SWÖ und eine tiefere Spaltung der KV's.



Es sollte noch über zwei Jahre dauern, bis die erste Website der Welt online ging: info.cern.ch. Heute ist eine Welt ohne Web kaum noch vorstellbar. In vielen Ländern zählt die Entwicklung von Webapps zum schu-

1989 neben seiner eigentlichen Forschungsarbeit publizierte Vorschläge zum Informationsmanagement, von ihm World Wide Web genannt. Im November 1990 veröffentlichte Berners-Lee schließlich sei-

Damals war Software kein eigener Marktbereich, aus dem sich Profit schlagen ließ. Ebenso war das Internet ein Produktionsmittel, welches sich außerhalb der Kontrolle großer Konzerne herausgebildet hatte. Das Kapital

re Infrastruktur wurden privatisiert und billig an große Konzerne verhöckert, so das einst freie EUnet.

Heute ist uns wohl allen klar, dass die Globalisierung und die erhöhte Arbeitsproduktivität durch Automatisierung in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht automatisch zu weniger Arbeit und mehr Freiheit für die Beschäftigten führen. Wie in Charlie Chaplins Modern Times sind für die meisten vielmehr andere Dinge traurige Realität: Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung, Standortverlagerungen und Werkschließungen, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung, die Produktion überflüssiger Konsum- und Luxusgüter, Wirtschaftskrisen sowie sinkende Löhne und Pensionen...

Und dennoch: Noch nie waren die Möglichkeiten für eine demokratisch geplante Bedürfniswirtschaft unter Kontrolle der Arbeiter*innenschaft so groß wie im Informationszeitalter. Klassenkampf bedeutet deswegen auch Umwandlung der kapitalistischen Destruktivkräfte in echte Produktivkräfte zum Wohle aller. Würden wir weltweit den Großteil der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen in die Weiterentwicklung der Produktionsmittel stecken anstatt in billig produzierte Konsumgüter mit künstlich verkürzter Lebensdauer, wären das Ende der Plackerei und das gute Leben für alle längst keine romantische Utopie mehr.

Pablo Hörtner

Vor dreißig Jahren erfand Tim Berners-Lee quasi als Nebenprodukt seiner Arbeit am CERN das Web.

lischen Lehrplan wie Mathematik oder Englisch. Bestand das Internet 1981 noch aus zweihundert Rechnern, waren es bei den ersten Gehversuchen des Web zehn Jahre später bereits zweitausend Mal so viel.

Zur Verbreitung im privaten Sektor fehlten offenbar nur noch Tim Berners-Lees im März

nen Vorschlag für ein Hypertext-Projekt, und ein Jahr später präsentierte er mit seinem Forschungsteam die Ergebnisse der Öffentlichkeit. Und sie überließen uns die benötigten Anwendungen ohne Ansprüche von Patenten oder Lizenzgebühren zur freien Nutzung. Das Web war noch kein Massenphänomen, aber frei.

erkannte die ungeahnten Profitmöglichkeiten und erwirkte 1990/91 ein Ende des Verbots der kommerziellen Nutzung des Internet. Kommerzielle Internetprovider wie AOL oder Compuserve gab es schon vorher, doch sprangen nun auch IBM, MCI/Verizon & Co. auf den Zug auf. Staatliche Telekomunternehmen, Internetanbieter und universitä-

PSC

Noch spiegelt sich nur eine allgemeine Stimmung gegen Schwarz-Blau im jährlich am 12.2. stattfindenden Protestsongcontest wider – über Umwege. 2018 hatte ein „Lied gegen Sexismus“ gewonnen, dieses Jahr eines über die Profitgier der Bauindustrie. Die realen Proteste, die Streiks 2018 oder die Bewegung gegen den 12-Studententag fanden sich nicht – schade, denn: Am 12.2. begannen auch die Streiks im Sozialbereich.

Buchtipps

Die beeindruckende Autobiographie „...Und unsere Fahn' ist rot“ schildert in einer lebendigen und packenden Art die politischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts aus der Sicht des deutschen Arbeiters und Revolutionärs Oskar Hippe. Er führt uns durch die deutsche Revolution 1919, zur linken Opposition gegen die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, in den antifaschistischen Widerstand vor und nach der

Machtübernahme der Nazis und schließlich in ihre Kerker. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wird Hippe vom sowjetischen Geheimdienst gefangen genommen und muss nochmal wegen links-oppositioneller Arbeit für Jahre ins Gefängnis. Hippe war führender Kader des deutschen Trotzkismus und fast immer in einem Beruf. Seine revolutionäre Überzeugung hat er nie aufgegeben. Erhältlich beim Manifest Verlag (ISBN 978-3-96156-061-5).

Privat

Die Privatisierung der Bildung geht weiter. So sind die meisten Campus-Schulen zwar öffentlich – aber in Privatgebäuden eingemietet. Selbige sind ein lukratives Geschäft für u.a. Banken die zunehmend in Infrastruktur investieren. Während Privatuniversitäten mit öffentlichen Geldern gefördert werden, wird das öffentliche Bildungswesen ausgehungert. Das hat auch Auswirkungen auf die Lerninhalte – wer zahlt, schafft an!

Amazon

In der Doku "Allmacht Amazon" kommt auch Seattles sozialistische Stadträtin Kshama Sawant zu Wort. Mit einer starken Bewegung im Rücken kämpfte sie für eine "Amazon-Steuer" – doch Amazon erpresste die Stadt und der Stadtrat gab nach. Kshama und Socialist Alternative, die US-Schwesterorganisation der SLP, kämpfen weiter – mit Erfolg: Nun wurde in New York durch Massenproteste der Bau einer zweiten Amazon-Zentrale verhindert!

Schulstreik-Wiki für Klimaschutz

Am 15.3 werden international hunderttausende Schüler*innen gegen die herrschende Klima-Politik streiken. Dieses Wirtschaftssystem interessiert sich nur für Profite – und dafür zerstört es die Umwelt, das Klima, unsere Zukunft! Die Politiker*innen verteidigen dieses System, auf sie ist kein Verlass. Deswegen bleibt uns nur, selbst die Initiative zu ergreifen! Auch in Österreich wird am 15.3 gestreikt.

Auch wenn manche versuchen, Angst zu schüren: Schulstreiks sind nicht verboten – Streiken ist ein Grundrecht! Auch du kannst mit ganz einfachen Mitteln dazu beitragen, dass der Streik ein Erfolg wird. Bei allen Schritten können dich Aktivist*innen der SLP unterstützen! Kontaktiere uns einfach über slp@slp.at oder FB/slp.cwi und wir mobilisieren gemeinsam mit dir an der Schule!

Folgendes kannst du tun:

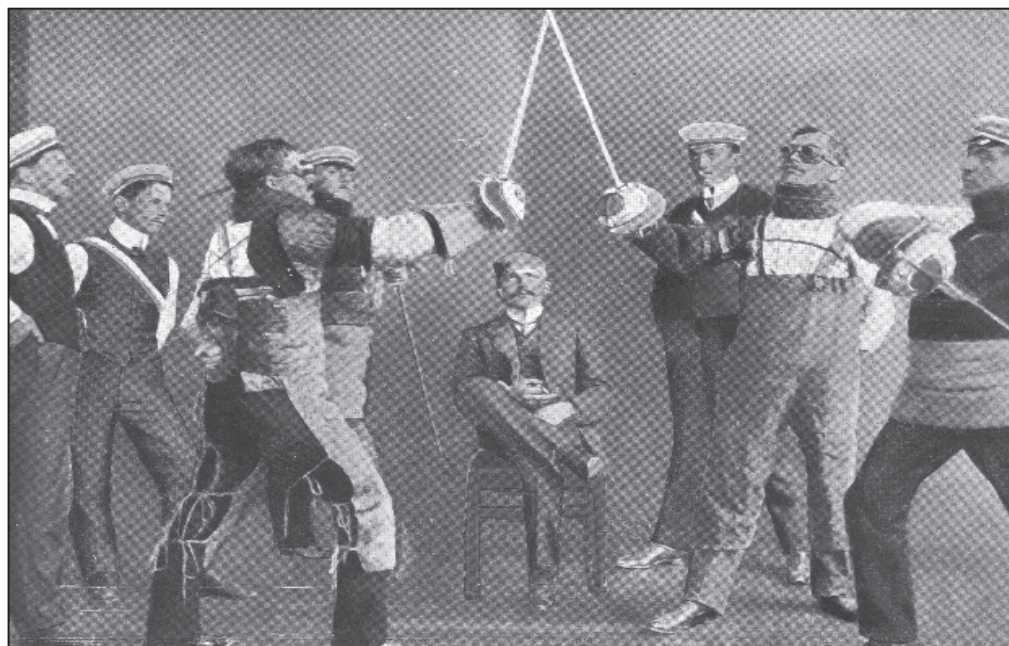
Kontakt zu anderen aufnehmen, die bereits für den Streik mobilisieren: Komm zu Fridays for Future, klink dich in die Mobilisierung auf Instagram und Facebook ein oder trag dich in WhatsApp-Gruppen und Verteiler ein, in denen sich Schüler*innen über den Stand der Vorbereitungen und geplante Aktionen austauschen.

Streikkomitee an deiner Schule gründen: Suche dir aus verschiedenen Klassen Leute, die auch helfen wollen. Schon ein paar Freunde oder Freundinnen reichen. Gründe mit ihnen eine Gruppe, ein Komitee, wie auch immer ihr euch nennen wollt. Wenn möglich, dann nutze vorhandene Strukturen: Schulsprecher*innen können Klassensprecher*innen informieren, die dann alles an ihre Klassen weitergeben. Trefft euch, besprecht und organisiert euer Vorgehen. Dürft ihr dies nicht in der Schule, setzt euch gemütlich in einem Lokal zusammen.

Informationen verteilen: Verteilt Flyer vor und in der Schule – vor Unterrichtsbeginn, in Pausen oder bei Unterrichtsschluss. Organisiert Diskussionen mit Schüler*innen. Nützt Instagram, WhatsApp und Co, um die Veranstaltung zu bewerben. Sprecht mit euren Lehrer*innen, vielleicht unterstützen sie euch. Falls nicht, schade – aber lasst euch nicht einschüchtern, ihr dürft streiken!

Streik organisieren: Überlegt euch Sprüche, bastelt Transparente und Schilder. Macht euch am Streiktag einen Treffpunkt bei der Schule aus, fährt dann gemeinsam zum Streik.

Nicht vergessen: Jeder Schüler und jede Schülerin zählt!



Aktiv gegen Burschis

Von weitem sichtbare Transparente. Ein starkes Auftreten gegen Rassismus, Sexismus und reaktionäre Gewalt, gefolgt von Redebeiträgen

Aktivist und Krankenpfleger am 2.2. auf der Linzer Demo über die Missstände in der Pflege, den Arbeitskampf im Sozialbereich, und lud zur

gramm, das wir auch in die Demos trugen, schlagen wir vor: 1. Komitees an Arbeitsplätzen, Nachbarschaften usw. aufbauen 2. Diese Komite-

Demos sind gut, doch um die Rechtsextremen zurückzudrängen, braucht es Organisation und Programm.

von den Betroffenen der herrschenden Politik. So sah die Beteiligung der SLP auf den verschiedenen Demonstrationen gegen die Burschenschaftlerbälle dieses Jahr aus. Ob in Wien, Graz, oder Linz: Wir zeigten auf, wie die Rechten wirklich zurückgeschlagen werden können: Durch das Verbinden der verschiedenen Kämpfe. So sprach etwa ein SLP-

Streikschulung der Initiative „Sozial aber nicht blöd“ ein.

Wir reden nicht nur abstrakt über den Sozialismus. Wir wollen zeigen, wie wir eine Bewegung aufbauen können, die die Wurzel von Rassismus und Ausbeutung, das kapitalistische System, überwinden und eine sozialistische Alternative durchsetzen kann. Im 6-Punkte Pro-

tees vernetzen 3. Offensivprogramm für soziale Verbesserungen für alle erstellen 4. KVs verteidigen 5. Eine massive Streikbewegung aufbauen, um die Regierung zu stürzen 6. In dieser Bewegung eine neue linke, sozialistische Massenpartei aufbauen. Werde auch du mit uns für dieses Programm aktiv!

Peter Hauer
und **Sebastian Kugler**

18.-25.8.: Sozialistisches Sommercamp in Kärnten/Koroška



Politisch interessiert und Lust auf Urlaub? Dann haben wir genau das richtige für Dich: Das sozialistische Sommercamp der SLP gemeinsam mit ihrer deutschen Schwesterorganisation SAV vom 18.-25.08. in Kärnten. Eine Woche mit Workshops zum aktuellen Weltgeschehen und laufenden Klassenkämpfen, marxistischer Theorie, Frauenrechten, Ökologie, Geschichte der Arbeiter*innenbewegung, aber auch Praxis-Übun-

gen erwarten uns dort. Im letzten Jahr waren Aktivist*innen aus 10 Ländern dabei! Die idyllische Lage gleich am Turnersee/Zablaško Jezero und die Unterbringung in einem Bungalow-Dorf liefern perfekte Bedingungen für Badespaß, Sonnen, Sport, Spiele, Grillen, Lagerfeuer, Party, Wandern... Und das Alles zu einem sehr fairen Preis!

Anmeldung & Infos bei
till@slp.at

Andere über uns



„Der Standard“ interviewte Michael Gehmacher, Aktivist von „Sozial aber nicht blöd“ und Mitglied der SLP, über die Arbeitsbedingungen im Sozialbereich. Michael war wichtiger Teil der Warnstreiks letztes und dieses Jahr. Entsprechend fragte ihn der Standard auch über den KV-Abschluss. Michaels Antwort: „Wir sind überzeugt, dass weitere Streiks einen besseren Abschluss ermöglicht hätten.“

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Gemeinsam gegen Sexismus und Kapitalismus

In den letzten Jahren gab es in verschiedenen Teilen der Welt zahlreiche Bewegungen, die von Frauen angeführt wurden oder woran sie maßgeblich beteiligt waren. Thematisch wurde eine sehr große Bandbreite aufgegriffen. So wurden Verbesserungen bezüglich des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper wie die Legalisierung von Abtreibung in Irland erreicht und in Argentinien

protesten. Das Urteil selbst sowie die Tolerierung und Unterstützung von sexueller Gewalt durch die kapitalistische Justiz wurden angefochten. Unter #Ibelieveher und #Thisisnotconsent wurde in Irland und unter #YoTeCreo in Argentinien auf die Legitimierung von Vergewaltigungen hingewiesen, wenn Frauen sich „nicht richtig“ verhalten oder kleiden. 2015 protestierten in Argentinien zum

onales Frauentreffen) wider. Zum 33. Treffen im Jahr 2018 kamen über 50.000 aus ganz Argentinien!

In vielen Ländern wurde mit der MeToo-Bewegung gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz protestiert. Dem schlossen sich weltweit Streiks in den Niederlassungen von McDonalds sowie Google an. Bei letzteren wurde neben sexueller Belästigung gleicher-

In Österreich kam es Anfang 2018 und Anfang 2019 im Sozialbereich – wie die Lehrer*innen eine Branche, in der überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind – ebenfalls zu Streiks.

In Indien legte im Januar ein 48stündiger Generalstreik mit circa 220 Millionen Teilnehmer*innen das Land lahm. In Sri Lanka kam es wegen der ausbeuterischen Verhältnisse in den Teeplantagen, wo v.a. Frauen arbeiten, zur Arbeitsniederlegung. Diese Beispiele zeigen Potenzial und Verantwortung von Gewerkschaften im Kampf gegen Sexismus und Unterdrückung der Frau – wenn sie dies wahrnehmen würden.

Auch als Antwort auf die Wahl von rechtsextremen, reaktionären und sexistischen Politikern wurden Demonstrationen in verschiedenen Ländern mit Massencharakter abgehalten, an denen maßgeblich Frauen teilnahmen. So besuchten circa 5 Millionen in weltweit mehr als 600 Demonstrationen den Women's March on Washington kurz nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Gegen die Ernennung von Brett

Kavanaugh zum Richter des obersten Gerichtshofs der USA (trotz zahlreicher Vorwürfe wegen Vergewaltigung und sexueller Belästigung) protestierten viele Frauen. Auch die Wahl von Jair Bolsonaro zum brasilianischen Präsidenten wurde von Protesten unter dem Hashtag #EleNão (#ErNicht) begleitet – findet er doch, dass Frauen weniger verdienen sollen um sich um die Kinder zu kümmern.

Diese zahlreichen Proteste sind ein Ausdruck der weltweiten Stimmung, den aktuellen Zu- oder besser Missstand nicht mehr zu akzeptieren und sich dagegen zu wehren. Damit diese Kämpfe erfolgreich werden, braucht es Perspektive und ein klares, sozialistisches Programm. Andernfalls können die Herrschenden und ihre Ideen diese dominieren und so deren Schlagkraft nehmen. Als Sozialist*innen sehen wir die Notwendigkeit, verschiedene Proteste untereinander zu verbinden und ihnen Programm zu bieten, mit dessen Hilfe Frauenunterdrückung und Kapitalismus überwunden werden können.

Monika Jank

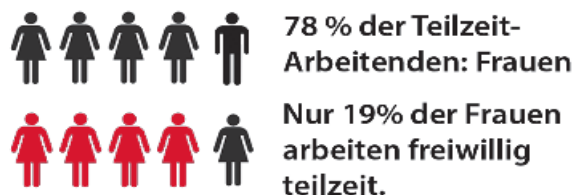
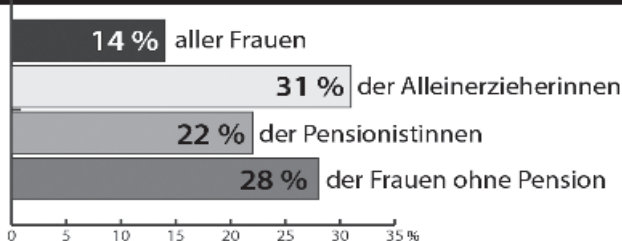
Weltweit gibt es die Stimmung, dass sich was ändern muss – nun brauchen die Proteste ein Programm.

ein starker und bedeutender Schritt in diese Richtung gesetzt. Unter anderem in den USA, Deutschland und Österreich bekämpfen wir Vorstöße, die eben dieses Recht wieder einschränken wollen. Die erzkonservative Regierung Polens wurde von einer mächtigen Frauenbewegung in die Knie gezwungen.

Im Anschluss an ein Gerichtsurteil wegen Vergewaltigung durch die Gruppe „Manada“ (Rudel) kam es in Spanien zu Massen-

ersten Mal unter dem Slogan „Ni Una Menos“ (Keine Weniger) Tausende gegen Frauenmorde. Diese Bewegung gegen Gewalt an Frauen breitete sich auf mehrere Länder Lateinamerikas und auch über die Amerikas hinaus aus. Aktuell wird für die Trennung von Staat und Kirche und eine ganzheitliche Sexualerziehung gekämpft. Die Größe der Bewegung spiegelt sich in der Zahl der Teilnehmer*innen des jährlichen Encuentro Nacional de Mujeres (Nati-

maßen gegen Lohnunterschiede und rassistische Diskriminierung protestiert. In einigen Maquiladoras – Montagebetrieben, die in Folge des Freihandelsabkommens NAFTA an der Grenze Mexiko/USA entstanden sind und in denen mehrheitlich Frauen angestellt sind – kam es Anfang des Jahres ebenfalls zu Streiks. In den USA führten 2018 Lehrer*innen zahlreiche „wilde“ Streiks durch, da die Gewerkschaft ihnen keine Unterstützung bot.

Teilzeitarbeit von Frauen**Armutsgefährdung von Frauen**

Quellen: Statistik Austria, Arbeiterkammer Oberösterreich Grafik: SH © SLP 2019

Zahlen und Fakten

- **74,2 %** aller erwachsenen Frauen wurden schon einmal sexuell belästigt, 29,7 % Opfer sexueller Gewalt. 56,8 % aller Frauen haben in ihrem Leben körperliche Gewalt erfahren, 5 % wurden verprügelt.
- **Die rassistische** Hetze täuscht übrigens – bei der Mordstatistik zeigt sich, dass die Mehrheit der Täter Inländer sind, aus den „typischen“ Flüchtlingsländern waren es auch 2018 weit unter 10%.
- **Im ÖGB** sind Frauen unterrepräsentiert: Im ÖGB-Vorstand sind nur 39 % weiblich, von sieben Fachgewerkschaften hat nur die GPA eine weibliche Vorsitzende. In der AK beträgt der Frauenanteil in den Ländervorständen durchschnittlich 28 %. (Stand vor der aktuellen AK-Wahl)
- **Die Erwerbsquote** von Frauen liegt mit 68,2 % acht Prozentpunkte unterhalb jener von Männern (Stand 2017). Dies entspricht einem deutlichen Anstieg im Vergleich zum Jahr 2007 (63,5 %), allerdings hat die Vollzeitbeschäftigung unter Frauen im arbeitsfähigen Alter prozentuell in diesem Zeitraum sogar abgenommen (von 37,3 % auf 35,6 %).
- **Fast jede zweite** Frau arbeitet in Teilzeit (47,7 %) (Stand 2017). Das entspricht einem Anteil, der mehr als viermal so groß wie bei Männern ist (10,5 %). Besonders hoch ist der Unterschied bei 35- bis 50-Jährigen, wo die Teilzeitquoten von Frauen in den einzelnen Altersgruppen bei 55-60 % liegen – das Sechs- bis Achtfache der entsprechenden Teilzeitquoten von Männern (Stand 2016). Grund dafür sind zu fast 40 % übrigens Kinderbetreuungs- oder Pflegeverpflichtungen. Von der angeblichen Freiwilligkeit, mit der Politiker*innen wie Frauenministerin Bogner-Strauß argumentieren, ist in der Praxis nicht viel übrig – nur 19 % der in Teilzeit arbeitenden Frauen wollen einfach keine Vollzeitbeschäftigung, ein Anteil, der bei Männern sogar noch höher ist (23,5 %). (Stand 2016)
- **Der Einkommensunterschied** zwischen Männern und Frauen unter ganzjährig Vollzeitbeschäftigten beträgt 16 %. Bezieht man allerdings Teilzeitbeschäftigung (s. o.) mit ein, explodiert dieser Lohnunterschied auf 38 % (Stand 2016).
- **Damit kommt** ein höheres Armutsrisiko: Alleinerziehende Mütter fallen zu 30 % unterhalb die Armutsgefährdungsquote für allein lebende Pensionistinnen liegt bei 20 % – fast doppelt so hoch wie bei Pensionisten (Stand 2016).

Leon Neureiter

Für eine sozialistische Frauenbewegung

Alle sind für Frauenrechte (auch wenn Unterschiedliches gemeint ist). Das Gefühl, Ungerechtigkeiten und Sexismus nicht mehr hinnehmen zu wollen, ist weit verbreitet. Der Unterschied zwischen der „du kannst alles machen“-Propagan-

teilung an – und bleibt dort stehen. Es fehlt die Analyse der allgemeinen gesellschaftlichen Kräfte, die die Ursache von Unterdrückung sind. Entsprechend einer beschränkten Analyse bleiben dann die Lösungen letztlich auf individueller Ebene stecken.

Echte Frauenpolitik stellt die Profitlogik in Frage!

da und der Realität von Frauen ist himmelschreiend. Immer mehr Frauen sind berufstätig und der Druck nimmt spätestens seit der Krise 2007 massiv zu. Die Versprechen wurden nicht eingelöst. Die Bereitschaft, sich zu wehren wächst. Doch es fehlt das Programm.

Analysen und Lösungsvorschläge bleiben weitgehend auf der individuellen Ebene. Das spiegelt den gesellschaftlichen Rückschlag der letzten Jahrzehnte wider. In der 2. Frauenbewegung ab Ende der 1960er Jahre galt „das Private ist Politisch“. Damit wurde auf gesellschaftliche Ursachen von Frauenunterdrückung hingewiesen. Spätestens seit den 1980er Jahren aber dominieren Konzepte, die aus dem universitären Bereich kommend auch Aktivist*innen beeinflussen. Zusammengefasst als „Identitätspolitik“ erklären sie die Gesellschaft als Zusammenspiel verschiedener Interessensgruppen. Man setzt beim individuellen Erleben von Unterdrückung und Benach-

teilung an – und bleibt dort stehen. Es fehlt die Analyse der allgemeinen gesellschaftlichen Kräfte, die die Ursache von Unterdrückung sind. Entsprechend einer beschränkten Analyse bleiben dann die Lösungen letztlich auf individueller Ebene stecken.

Im Gegensatz dazu hat Friedrich Engels bereits im 19. Jahrhundert erkannt, dass die Ursachen von Frauenunterdrückung in der Entwicklung von Klassengesellschaften liegen. Die heutige ist der Kapitalismus und dieser braucht die günstige oder kostenlose Arbeit von Frauen bei der „Erzeugung“ neuer Arbeitskräfte und der Pflege und Betreuung der existierenden. Das herrschende Frauenbild (und auch seine Veränderung) folgt dieser Notwendigkeit. Selbstverständlich gibt es individuell sexistisches Verhalten und dieses gehört auf allen Ebenen bekämpft. Die Ursachen dafür sind nicht individuell und nicht biologisch, sondern gesellschaftlich. Und darum können auch alle Lösungsansätze, die die gesellschaftliche Ebene ignorieren letztlich nur scheitern. Das wird konkret, wenn wir uns die dringenden Probleme anschauen: Gewalt, Sexismus, Armut...

Die Regierung erhöht die Strafen bei Sexualde-

likten. Das wird nicht zu weniger Vergewaltigungen führen. Die bei weitem meisten Gewaltakte gegen Frauen finden zuhause und durch den (Ex-) Partner bzw. Verwandte statt. Es spricht nichts dagegen, wenn Mädchen Selbstverteidigung lernen. Es ist wichtig, mehr Geld für Frauenhäuser zu fordern. Doch all das wird am Grundproblem nichts ändern: Der finanziellen Abhängigkeit. „Sex statt Miete“ ist die ekelhafte Folge explodierender Mieten. Unzählige Frauen müssen bei einem Mann bleiben, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten können. Als Sozialist*innen fordern wir daher eine massive Wohnbauoffensive durch die öffentliche Hand, um ausreichend günstigen Wohnraum zu schaffen. Und wir fordern die Enteignung von aus Spekulationsgründen leerstehenden Wohnungen, damit niemand obdachlos oder in einer Zwangsbeziehung bleiben muss.

Die andere Seite der finanziellen Abhängigkeit sind niedrige Löhne, Pensionen bzw. Sozialleistungen. Alle Parteien sind auf dem Papier für gleiche Bezahlung – aber ihre Politik bewirkt das Gegenteil. Weniger Geld bedeutet mehr Abhängigkeit. Es spricht nichts dagegen, Mädchen zu motivieren, in die besser bezahlten Männerberufe zu gehen oder mehr Einkommenstransparenz zu fordern. Doch auch wenn der Equal Pay Day inzwischen von öffentlicher Seite aufge-



griffen wird, gibt es ihn immer noch. Weil schöne Worte nichts ändern. Als Sozialist*innen fordern wir als erste Schritte die Einführung eines Mindestlohnes von 1.700,- (sowie Mindestpension und Sozialleistungen in gleicher Höhe) sowie die automatische Anpassung von Löhnen, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation.

sundheitswesen sollen sich um Kinder, Kranke und Alte kümmern. Wenn für ein Hotel zentral gewaschen, gekocht und geputzt werden kann – warum dann nicht auch für Privathaushalte? Und durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich würden nicht nur Jobs geschaffen, sondern wir könnten die gesparte

Frau, die die Doppelt- und Dreifachbelastung leicht und lächelnd schupft.

Die Angriffe auf Kinderbetreuung, Recht auf Abtreibung und unsere Löhne sie sind keine „Frauenprobleme“ und können mit individuellen Lösungen nicht zurückgeschlagen werden. Es ist ein Kampf um soziale Rechte und stößt daher zwangsläufig an die Grenzen eines bürgerlichen Staates und kapitalistischer Profitinteressen. Die großen Privilegien liegen nicht bei Männern, die ein paar Euro mehr verdienen, sondern bei einer kleiner Schicht Superreicher, die fast den ganzen Reichtum dieses Planeten besitzen. Diese Elite hat ein Interesse daran, einen Konflikt zwischen uns „hier unten“ zu schüren, um selbst aus dem Schneider zu sein. Ist das eine Entschuldigung für sexistisches Verhalten von Kollegen? Garantiert nicht, das gehört sofort und entschieden bekämpft – nicht zuletzt auch deshalb, weil Sexismus den Kampf gegen das System, das Frauenunterdrückung braucht, erschwert. Wenn wir Frauenunterdrückung auf Dauer und grundlegend beseitigen wollen, dann braucht es den gemeinsamen Kampf all jener, die von diesem System ausgebeutet werden, den Arbeiter*innen. Wir müssen dieses kapitalistische System beseitigen, das auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit durch eine kleine Minderheit beruht.

Sonja Grusch

Der Kampf muss jetzt begonnen und im Sozialismus vollendet werden.

Seit 1999 ist im Ehe- und Familienrecht gesetzlich vorgesehen, dass die Hausarbeit ausgewogen aufgeteilt ist. Trotzdem arbeiten Frauen rund doppelt so lang in Hausarbeit wie Männer und verrichten den größten Teil der unbezahlten Pflegearbeit. Es ist nicht falsch, zu fordern, dass die Hausarbeit „halbe-halbe“ aufgeteilt werden soll – nur greift die Forderung Meilen zu kurz! Denn sie stellt nicht in Frage, dass ein großer Teil von gesellschaftlich notwendiger Arbeit kostenlos privat erledigt wird. Kranke werden von überforderten und unqualifizierten Angehörigen gepflegt anstatt von Profis. Und warum soll jedes Fenster in einem Haus individuell geputzt werden? Als Sozialist*innen fordern wir die Vergesellschaftung der Hausarbeit. Ausreichend und gut bezahlte Profis in einem öffentlich finanzierten Bildungs-, Sozial- und Ge-

Zeit für uns und „Qualitätszeit“ mit unseren Lieben verwenden.

Seit 1975 gilt in Österreich die Fristenlösung – und zeigt, wozu ein solch individualisierter Ansatz führt. Denn wenn dem Recht auf Abtreibung keine kostenlosen Möglichkeiten in öffentlichen Spitälern folgen, dann können viele Frauen davon nur schwer Gebrauch machen. Gerade einmal 17 Stellen gibt es im ganzen Land für einen Abbruch, in mehreren Bundesländern gar keine, die meisten privat und alle teuer. Dieser Zustand ist die Folge einer Frauenpolitik, die glaubt, dass Frauenbefreiung im Rahmen des Kapitalismus möglich wäre. Doch die Appelle an die Herrschenden wirken nur, wenn ihnen unsere Forderungen gerade in ihr Konzept passen. Sonst werden Errungenschaften auch ganz schnell wieder abgeschafft. Und es kommt die Propagandawalze von der



Marx aktuell

In vielen Ländern werden dieses Jahr zum 8. März Frauenstreiks ausgerufen, doch unterscheiden sich die Aktionen oft stark in Form und Inhalt. Die neue Popularität des Streiks als Kampfmethod im Kampf gegen patriarchale Unterdrückung ist ein gutes Zeichen. Sie ist Ausdruck eines steigenden Bewusstseins für gemeinsame, kollektive Kämpfe. Doch noch herrscht viel Verwirrung über den Streikbegriff: Von Sex- bis zu Hausarbeitsstreiks gibt es eine Tendenz, „Streik“ mit jeglicher Form von Verweigerung gleichzusetzen. Streiks sind aber eigentlich eine langbewährte Widerstandsmethode, bei der durch Entzug der Arbeitskraft Druck auf eine ausbeutende Gruppe ausgeübt wird um die Interessen der Streikenden durchzusetzen. Viele „Streik“-Formen, die nun diskutiert werden, wollen durch Formen von Verweigerung Verbesserungen in der häuslichen Sphäre erzielen. Das ist aber

Frauenstreik und Klassenkampf

nur jenen Frauen möglich, die nicht aufgrund verschiedenster Abhängigkeitsverhältnisse existenziell an ihren Partner und den Haushalt gebunden sind. Außerdem haben diese Abhängigkeitsverhältnisse (Finanzen, Wohnraum, Rechtsansprüche...) ihren Ursprung außerhalb der häuslichen Sphäre, im kapitalistischen System. Im Haushalt sind Männer kurzfristig Nutznießer der Frauenunterdrückung – doch langfristig schadet sie ihnen auch, da Frauenunterdrückung das kapitalistische System stabilisiert, von dem sie selbst ausgebeutet werden. Kapitalismus bedeutet Sexismus von Oben in Form von ungleichen Löhnen, unleistbarer Kinderbetreuung, Objektifizierung von Frauenkörpern als Werbestrategie und Macho-Justiz. Kapitalismus bedeutet aber auch das Einberechnen der Frau als unbezahlte Arbeitskraft für Tätigkeiten, die die Leistungsfähigkeit der Arbeiter*innen und ihres Nachwuchses, zu gewährleisten – ohne dass der Lohn erhöht werden muss. Um das zu bekämpfen, braucht Streiks, die diejenigen treffen, die von Ausbeutung profitieren. Das bedeutet, den Kampf für Frauenrechte als Klassenkampf zu führen: „Nicht, weil die Klasse die einzige Unterdrückungsform ist oder gar die häufigste, beständigste oder stärkste Quelle sozialer Konflikte, sondern vielmehr, weil ihr Terrain die die materiellen Existenzbedingungen schaffende gesellschaftliche Organisation der Produktion ist.“ (Ellen Meiksins Wood: Demokratie kontra Kapitalismus, 1995)

Wenn wir für frauenspezifische Forderungen streiken, sollten Männer eingebunden aufgefordert werden, sich zu beteiligen – so können sie nicht als Streikbrecher missbraucht werden und sie können Bewusstsein für die Notwendigkeit des Kampfes gegen Frauenunterdrückung gewinnen. Solche Streiks zeigen auch das Potential der vereinten Arbeiter*innenklasse, die gesamte Produktion und Reproduktion der Gesellschaft selbst zu übernehmen – ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Ella Kempter und Sebastian Kugler

Zum Weiterlesen

Christine Thomas:

Es muss nicht bleiben, wie es ist.

Frauen und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft

In diesem Buch erklärt die sozialistische Aktivistin Christine Thomas die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für Frauenbefreiung und Sozialismus.



Demonstrieren, streiken, kämpfen – für Frauenrechte und Sozialismus

Als die deutsche Marxistin Clara Zetkin auf der 2. internationalen Frauenkonferenz der sozialistischen Internationale in Kopenhagen am 27. August 1910 die Durchführung eines internationalen Frauentages vorschlug, stieß sie nicht bei allen männlichen führenden Mitgliedern der internationalen Sozialdemokratie auf Zustimmung. Manche von ihnen sahen

gleich oder für niedrigere Lebensmittelkosten auf. Marxist*innen wie Zetkin verknüpften dies immer mit der Forderung nach einer sozialistischen Revolution als einziger Weg, um diese Ziele zu erreichen.

Alle oben genannten Themen sind wichtige Arbeitsfelder für sozialistische Feminist*innen geblieben. In Österreich arbeitet „Nicht mit mir“, die

halb hat die SLP auch die Forderung des Frauenvolksbegehrens nach Einführung einer 30-Stundenwoche unterstützt, während liberale und konservative „Feministinnen“ gerade diese Forderung kritisiert haben. Wir sagen: Wir verzichten auf keine notwendige Forderung für ein Bündnis mit bürgerlichen Frauen. Im Gegenteil braucht es einen gewerk-

Fahrt aufgenommen. 2018 beteiligten sich vor allem in spanischsprachigen Ländern rund fünf Millionen Frauen, aber auch Männer, an Streiks, die sich gegen die sexistischen Zustände in vielen Ländern richteten. Am 14. November 2018 gab es in Spanien einen Schüler*innen-Generalstreik, der sich unter anderem gegen sexistische Kleidungs Vorschriften und den Einfluss der katholischen Kirche richtete.

Die Vorbereitungen für einen feministischen Generalstreik im spanischen Staat sind inzwischen im Gange. Die spanische Schwesterorganisation der SLP, Izquierda Revolucionaria und ihre Kampagne Libres Y Combativas, ruft dazu auf, diesen Streik zu einer echten Streikbewegung zu machen. „Alle unterdrückten Schichten müssen in den Streik einbezogen werden, auch die Wirtschaft muss von ihm betroffen sein. Männer dürfen nicht zu Streikbrechern gemacht werden“ schreibt die Organisation in einem Flugblatt.

Auch in Deutschland sind Frauenstreiks am 8. März geplant. Die Sozialistische Alternative (SAV), Schwesterorganisation der SLP, setzt sich dafür ein, dass die deutschen Gewerkschaften sich

am Frauenstreik beteiligen und ihm so die Schlagkraft geben, ein „richtiger“ Streik zu werden.

In Schottland haben sich CWI-Mitglieder an „erobert euch die Nacht zurück“-Demonstrationen beteiligt, die sich gegen Gewalt an Frauen richten. Allerdings kritisiert unsere schottische Schwesterorganisation, dass die Bürgermeisterin von Glasgow auf der Demo reden durfte, obwohl sie 60 Millionen Euro auch bei Fraueneinrichtungen in der Stadt kürzt.

Dieselbe Bürgermeisterin war auch gegen den Streik von 16.000 weiblichen Beschäftigten bei der Gemeinde Glasgow im vergangenen Jahr, die damit gleichen Lohn für gleiche Arbeit und ausstehende Löhne erkämpfen wollten. Dieser Streik wurde von der Gewerkschaft UNISON organisiert, Marxist*innen waren an seiner Vorbereitung führend beteiligt. Der hiesige ÖGB sollte sich davon eine Scheibe abschneiden. Wie schon 1910 sind Frauenthemen in der Gewerkschaft noch immer Randthemen, die man „zusätzlich“ aufgreift, anstatt zu verstehen, dass es Kernthemen der Arbeiter*innenbewegung sind.

Christian Bunke

Marxist*innen stehen für einen gemeinsamen Kampf von Arbeiter*innen und Frauen für den Sozialismus.

in der Initiative eine Ablenkung von den scheinbar „wirklich wichtigen“ Themen des Klassenkampfes.

Doch Zetkin dachte beides zusammen. Ihr Ziel war ein Frauenkampftag, um die Forderungen der Frauen mit den Zielen der Arbeiter*innenbewegung zu verknüpfen. „Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen“ schrieb sie im Jahr 1889. In den folgenden Jahren griff der internationale Frauentag Themen wie den Kampf für das Recht auf Abtreibung, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnaus-

sozialistisch-feministische Kampagne der SLP, gegen die Versuche rechter, katholischer religiöser Fundamentalist*innen, das Abtreibungsrecht zu beschneiden. Die Durchsetzung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in Irland, ein Kampf, an dem unsere irische Schwesterorganisation Socialist Party mit ihrer Kampagne ROSA führend beteiligt war, hat auch in Österreich vielen jungen Frauen Zuversicht gegeben, dass die Fundis geschlagen werden können.

Die SLP setzt sich für Arbeitszeitverkürzung und für die Abschaffung des 12-Stundentages ein. Des-

schäftlichen Kampf gegen den Zwölfstundentag und für die 30-Stundenwoche.

Tatsächlich gehört der internationale Frauentag schon längst zur revolutionären Geschichte der Arbeiter*innenbewegung. Ein Streik von Arbeiterinnen am 8. März 1917 im russischen Petrograd löste einen Aufstand aus, dessen Folge die erste und bislang einzige erfolgreiche sozialistische Arbeiter*innenrevolution im Oktober 1917 sein sollte. Der 8. März war von Beginn an ein Kampftag arbeitender Frauen.

Die Idee, dass Frauen für ihre Rechte streiken, hat inzwischen wieder an

Politik raus aus der Schule?

Immer wieder wird eine „politikfreie Schule“ gefordert, zumeist aus dem Umfeld FPÖ- oder ÖVP-naher Jugend- und Schüler*innen-Organisationen. Letztes Jahr beispielsweise rund um Proteste gegen die schwarz-blaue Regierung, jüngst anlässlich der Fridays for future, der Schüler*innenstreiks für's Klima.

Begründet wird die Forderung meist damit, die Schüler*innen vor „politischer Meinungsmache“ und „Indoktrination“ schützen zu wollen. Damit werden nicht nur alle Schüler*innen als naiv und unmündig abgestempelt, sondern auch alles, was in der Schule passiert, als unpolitisch und objektiv dargestellt. Doch „Politik raus aus der Schule“ heißt eigentlich „Unsere Politik rein in die Schule“. Denn auch der Lehrplan und natürlich auch Lehrer*innen sind politisch. Wenn im Programm von Schwarz-Blau steht, man wolle „wirtschaftliche Kompetenz und unternehmerisches Denken“ als Teil der Lehrpläne etablieren oder im Wertekodex für Kindergärten des Welser FPÖ-Bürgermeisters steht, „[d]as Feiern von christlichen Festen soll [...] Brauchtum, Tradition, Werte und Gemeinschaft näherbringen“, dann ist das ganz klar politische Propaganda in

der Bildung. Damit werden Kinder & Jugendliche an die (wortwörtlich) herrschenden Ideen herangeführt, die sie übernehmen sollen. Und auch die Lehrer*innen haben natürlich ihre eigene Meinung und vertreten diese, sind also weder neutral noch objektiv.

Aber warum fordern Wirtschaftsorientierte und Reaktionäre dann „Objektivität“? Einerseits wollen sie damit ihre Ideologie als „objektiv“ darstellen, als richtig. Und andererseits wollen sie unliebsame Ideen aus den Schulen fernhalten. Nicht umsonst richtet sich die Forderung nach „politikfreier Schule“ zumeist gegen Linke, die rund um Schulen Flyer und anderes politisches Material verteilen. Aber Schüler Union (ÖVP), Ring Freiheitlicher Jugendlicher und Konsorten wollen natürlich nicht jegliche Politik aus der Schule verbannen. Sie wollen, dass die Politik über den Unterricht und ihnen genehme Leute gemacht wird, also von Lehrer*innen und Direktor*innen mit der „richtigen“ Ideologie. Während wir offen auftreten und zugeben, dass wir politisch sind, wollen sie Schüler*innen weiterhin ihrer versteckten Propaganda aussetzen.

Moritz Bauer

"Niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind." (Erich Mühsam)

In meinen Überlegungen, wie Missstände und Ungerechtigkeiten in einer Gesellschaft entstehen, bin ich immer wieder auf den Irrsinn des kapitalistischen Systems gestoßen, in dem Gewinnmaximierung vor Mensch und Natur steht.

Weiter vertieft hat sich diese Wut, als ich erkannt habe, inwiefern Patriarchat und Kapitalismus untrennbar verbunden sind. Daher war

ich begeistert, als ich auf der letzten Demo zum Weltfrauentag die sozialistisch-feministische Initiative „Nicht Mit Mir“ und dadurch auch die SLP näher kennenlernte. Das revolutionäre Programm zur Erreichung einer sozialistischen und somit gerechteren Gesellschaft, der beharrliche Aktivismus der einzelnen Mitglieder, sowie deren hohe politische Kompetenz haben mich

beeindruckt und überzeugt.

Mit meinem Beitritt will ich beweisen, dass politischer Aktivismus auch mit vielfältigen anderen Interessen und zeitlich geringen Ressourcen vereinbar ist und in politisch brisanten Zeiten wie diesen, die Ausrede „keine Zeit für politisches Engagement zu haben“ nicht gilt.

Sarah Lammer, 27, Pädagogin in Linz



Foto: ögj

JVR bleibt – und jetzt?

Der Jugendvertrauensrat (JVR) ist "gerettet" und das wird von der Gewerk-

öffentliche Mobilisierungen oder Jugendversammlungen gebraucht. Auch um

Für eine demokratische Gewerkschaftsjugend, die mit Lehrlingen für Verbesserungen kämpft!

schaftsjugend (ÖGJ) als großer Sieg gefeiert. Tatsächlich hat die Kampagne aber v.a. die Schwächen der ÖGJ und auch der JVR als Institution gezeigt. Denn die Kampagne beschränkte sich auf Unterschriftenlisten und Aktionen auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen. Lehrlinge, außer JVR selbst, wurden kaum eingebunden – tatsächlich hätte es aber

darüber zu diskutieren, was der JVR ist und was er sein sollte. Eine solche Kampagne hätte genutzt werden können, um Lehrlinge zu organisieren und gemeinsame Forderungen aufzustellen, die über die Nichtabschaffung hinausgehen. Auch die Angriffe auf die überbetrieblichen Lehrlinge – vielen wurde die Lehrlingsentschädigung hal-

biert – hätte so gestoppt werden können. Primär sind die JVR aber leider dafür da, um für zahnlose ÖGJ-Kampagnen zu laufen, Goodies zu verteilen oder Lehrlinge zu drängen (oft extrem ungut und mit viel Druck), Gewerkschaftsmitglied zu werden. Was es wirklich braucht, ist eine Gewerkschaftsjugend mit demokratischen Strukturen und kämpferischen Kampagnen gegen Angriffe und für tatsächliche Verbesserungen. Dafür müssen wir Lehrlinge selbst aktiv werden – mit regelmäßigen Treffen, Versammlungen, öffentlichen Aktionen bis hin zu Streiks!

Ein Lehrling aus einem Großbetrieb

Heuchler des Monats



Foto: Wikipedia, CC BY-SA 4.0

Erich Fenninger posiert gerne als linkes Gewissen der SPÖ: Er spricht sich gegen Rassismus aus, verurteilt Sozialabbau. Doch als Chefunternehmer im Sozialbereich stellt er sich jedes Jahr gegen die Forderungen der Beschäftigten. So auch diesmal: 35-Stundenwoche? Auf jeden Fall – aber doch nicht im Sozialbereich!



Russland: Putin unter Druck

2018 war ein schwieriges Jahr für die Herrschenden in Russland. Sie erwarteten die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, die Fußball Weltmeisterschaft zu feiern und die Unterstützung bei den Regionalwahlen im September zu festigen. Doch gleich nach Putins Sieg im April begann alles schief zu laufen – seine Ankündigung, die Pensionsreform durchzuzeit-

als 26.000 Rubel (350 Euro). Eine wirkliche Verbesserung ist kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten.

Die Unzufriedenheit wächst deutlich, was sich in den durch Alexei Navalnii organisierten Jugendprotesten zeigte. Weil die Jugend wiederholt auf die Straße ging, ohne Angst vor der Polizei oder vor Verhaftungen, sind auch andere

ne Gewerkschaft aufzubauen, zeigt eine weitere Bewegung des ehemaligen rechtsextremen Politikers in Richtung Linkspopulismus. Die Methoden, die er einsetzt – Überprüfung des Lohnniveaus und anschließend Meldung an die zuständigen Stellen – ist zwar nicht falsch, fußt aber nicht auf einer echten Einheit der Beschäftigten im kollektiven Kampf.

prekären Sektors darstellt.

Unsere Kernaufgabe ist die Vorbereitung und Unterstützung der breiten Opposition der Arbeiter*innenklasse gegen Ausbeutung und Repression. Wenn sich diese Opposition entwickelt (und die Geschichte zeigt dass, sobald der Prozess gestartet ist, das sehr schnell gehen kann), ist es zentral, dass es einen gut vorbereiteten und erfahrenen jugendlichen und dynamischen Kader gibt, der die Bewegung organisieren helfen kann und vor allem sie mit einem sozialistischen Programm bewaffnen kann.

Gegenwärtig markieren die Proteste, die wir initiieren bzw. auf weiterer Ebene Proteste wie jene, die durch Navalnii organisiert werden, eine dramatische Veränderung in der Stimmung der Gesellschaft und vor allem der Jugend. Sie sind noch relativ klein, sowohl im Vergleich zu manchen Massenbewegungen in anderen Ländern wie auch im Vergleich zur russischen Bevölkerung – doch es ist unvermeidbar, dass zu einem gewissen Zeitpunkt weitere Proteste ausbrechen. Wie die Erfahrung aus der vergangenen Periode zeigt und wie sich in der Paranoia des Kremls

widerspiegelt, können solche Proteste durchaus den Charakter der "Farbrevolutionen" annehmen, die Massenunmut von unten ausdrückten, aber keinen klaren Klassencharakter hatten bzw. sich nicht klar auf die Arbeiter*innenklasse orientierten. In solchen Bewegungen müssen wir auf die Elemente der Arbeiter*innenklasse orientieren und für ein klares sozialistisches Programm argumentieren. Darin sollten sich nicht nur wirtschaftliche Forderungen finden, wie z.B. jene nach einem Mindestlohn von 300 Rubel/Stunde, gegen Arbeitslosigkeit oder soziale Forderungen, wie die Verteidigung von Frauen- und LGBT-Rechten, sondern auch Forderungen nach Verteidigung von Minderheitenrechten bezüglich Sprache und Nationalität sowie gegen Repression und für demokratische Rechte. Keine dieser Fragen kann von den anderen isoliert werden, aber alle benötigen den Aufbau einer Massenpartei der Arbeiter*innenklasse, die für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpfen kann.

Rob Jones

Sozialistische Alternative
(CWI in Russland)
www.socialist.news

Die massiven Jugendproteste gegen die Pensionsreform sind nur die Vorboten für breitere Proteste.

schen, traf die russische Gesellschaft wie ein Blitz. 80% waren gegen die Anhebung des Pensionsalters und die Unterstützung für Putin und seine Institutionen sanken dramatisch – die aktuellen Umfragewerte sind die tiefsten seit dem ersten Amtsantritt.

Russland schaut auf ein verlorenes Jahrzehnt – bestenfalls kann man es als Periode der Stagnation bezeichnen. 2018 lag das BIP bei ca. 1,6 Billionen US-Dollar – ungefähr derselbe Wert wie 2007/8. Die Realeinkommen sinken seit fünf Jahren. Obwohl der „Durchschnittslohn“ bei 43.000 Rubel (570 Euro) im Monat liegt, verdient die Hälfte der russischen Arbeiter*innen weniger

Schichten selbstbewusster geworden, um ebenfalls aufzustehen – z.B. gegen die Abfallwirtschaft, zur Verteidigung von Internetrechten, gegen Polizeiwillkür etc. Die Pensionsproteste machten die riesige Wut sichtbar, die sich in der russischen Gesellschaft aufbaut.

Die Veränderung im Bewusstsein zeigt sich am deutlichsten unter der Jugend. Die Mehrheit der Schüler*innen und Studierenden denkt, dass der Staat für soziale Gleichheit, für gleiche Einkommen, garantierter Jobs und Lebensstandards wie auch freie Bildung und Gesundheitsversorgung sorgen sollte.

Die jüngste Ankündigung durch Navalnii, ei-

Dennoch wirft diese Initiative die Frage von niedrigen Löhnen unter einer breiteren Schicht von Arbeiter*innen auf und markiert eine bedeutende Richtungsänderung durch die Opposition, hin zu einem direkten Appell an die Arbeiter*innenklasse, besonders im öffentlichen Dienst.

Solche Entwicklungen machen unsere Arbeit in den Gewerkschaften umso wichtiger – innerhalb der Medien-gewerkschaft und bezüglich der Initiative für eine Schüler*innen- und Studierendengewerkschaft. Wir intensivieren auch unsere Kampagne "300 Rubel/Stunde", die einen zentralen Slogan v.a. bei der Organisation des

Das Sterben im Mittelmeer

Seenotrettung wird von der EU systematisch kriminalisiert. 2018 sind offiziell knapp 3000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Starben 2015 im Juni 0,2 % der Menschen auf der Überfahrt, so waren es 2018 bereits 5 %. Dieser Anstieg ist in der Abschottungspolitik der EU begründet. Seenotrettungsschiffe verlieren ihre Flagge oder müssen wochenlang vor der Küste Europas warten, bis sie mit geretteten Flüchtlingen anlegen dürfen. Zuletzt erst war kein einziges Seenotrettungsschiff mehr aktiv.

Die EU arbeitet auch mit der libyschen Küstenwache zusammen, die dabei zusieht, wie neben ihren Schiffen Flüchtlinge ertrinken. In Libyen angekommen erwartet die Flüchtlinge dann Versklavung, Vergewaltigung und Organhandel. Die EU, die immer wieder als ein „antinationales Projekt“ dargestellt wird, hat kein Problem damit, dass Flüchtlinge vor ihren Grenzen sterben. Auch Kurz, welcher der libyschen Küstenwache seine Unterstützung zugesichert hat, liegt mit seinem Anti-Flüchtlings-Kurs voll auf EU-Linie.

Es sind genau die imperialistischen EU-Staaten, die die Herkunftsländer der Flüchtlinge systema-

tisch ausbeuten und somit für die aktuelle Situation hauptverantwortlich sind. Der zynische Gipfel des Eisberges ist es, wenn nun die Vertreter*innen der herrschenden Klasse durch rassistische Politik Flüchtlinge zum Sündenbock machen. Sie wollen von den sozialen Problemen innerhalb der EU ablenken, für die ihre eigene Politik verantwortlich ist. Die Abschottung der Herrschenden funktioniert ohnehin nicht. Menschen, die in ihrem Land nur Krieg und Terror erleben, werden sich auch weiterhin auf den Weg machen.

Als jemand, der selbst seit drei Jahren in der Flüchtlingshilfe aktiv ist, weiß ich, wie wichtig es ist, diese individuelle Hilfe mit dem politischen Kampf zu verbinden. Als einzelne/r kommt man gegen das System nicht an, man scheitert an den Behörden und muss zusehen, wie die eigenen Freund*innen abgeschoben werden. Außerdem braucht es gemeinsame Kämpfe für bessere Lebensbedingungen in den Herkunftsländern. Die kapitalistische Ausbeutung des afrikanischen Kontinents durch Großkonzerne und herrschende Diktaturen werden zu immer mehr Fluchtbewegungen führen.

Christine Franz



Spanien: Mehr als Neuwahl

Die konservative PP-Regierung unter Rajoy musste wegen in Folge (hier fehlt ein Wort oder es ist eines zu viel da) eines Misstrauensvotums gehen. Bereits nach acht Monaten muss die von

bewegungen entstanden. Doch die Führung der linken PODEMOS nutzte ihren Aufstieg v.a. um selbst mitregieren zu können. Dies erlaubt es der rechtsextremen Partei VOX, sich

Kürzungspolitik, sondern auch verstärkte Unterdrückung der katalanischen und baskischen Unabhängigkeitsbestrebungen, zunehmende Hetze gegen Migrant*innen und die Bevormundung von Frauen (z.B. beim Thema Abtreibung) bedeuten. Wie die Schwesterorganisation der SLP, Izquierda Revolucionaria, betont, ist es notwendig, die Rechten nicht nur auf der Wahlebene zu schlagen. Viel wichtiger ist es eine Bewegung aufzubauen, die weder PSOE noch PODEMOS unkritisch hinterherläuft. Diese muss die Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus und Kürzungspolitik mit jenen für nationale Selbstbestimmung, Lohnerhöhungen etc. verbinden.

Lukas Kastner

Eine Massenbewegung gegen einen drohenden Rechtsrutsch ist notwendig.

Pedro Sanchez geführte sozialdemokratische PSOE-Regierung eine Ablehnung ihres Budgetvorschlages und Neuwahlen hinnehmen. Keines der Probleme wurde gelöst.

Vor dem Hintergrund der ökonomischen und sozialen Misere sind in den letzten Jahren zahlreiche Protest-

als Opposition zur vorherrschenden Politik zu präsentieren. Ihr Einzug ins Parlament kann nicht ausgeschlossen werden.

Die Angst vor einer rechten Regierung von PP, VOX und der konservativ-neoliberalen Ciudadanos ist berechtigt. Dies würde nicht nur weitere

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Irland: Pflegestreik

Rund 40.000 Pflegekräfte und Hebammen streiken in Irland. Seit 2008 wird Personal abgebaut, die Löhne sind niedrig. Die Regierung droht den Streikenden mit Strafen – erfolglos. Die Socialist Party (CWI Irland) und ihre drei Parlamentarier*innen verlangen u.a., dass der Gewerkschaftsverband die Solidarität anderer Branchen organisiert sowie eine Ausweitung des Streiks auf den öffentlichen Sek-

tor. Gefordert wird u.a.: Ein Lohn der fürs Leben reicht, Schluss mit Outsourcing, für die Überführung privater Gesundheitseinrichtungen in die Öffentliche Hand sowie für ein öffentliches Gesundheitssystem nach den Bedürfnissen der Menschen, demokratisch geplant durch Beschäftigte und Betroffene, für eine sozialistische, demokratisch geplante Wirtschaft, die das garantieren kann.

www.socialistparty.ie

Belgien: Generalstreik

Beim Generalstreik am 13. Februar standen Flug-, Bahn- und Busverkehr still. Die meisten Industriebetriebe wurden bestreikt. Es ging um die Kollektivvertragsverhandlungen – die Unternehmen wollen nicht mehr als 0,8% Erhöhung gewähren, und das, nachdem die Regierung massiv die Pensionen angegriffen hatte. Es war der größte Streik seit 2014. Mitglieder von LSP/PSL (CWI in Belgien) waren bei unzähligen Streikposten im

ganzen Land mit Zeitungen und Flugblättern präsent. In Gent kam es auch zu Austausch und Vernetzung zwischen Generalstreik und den Klimaprotesten von Schüler*innen und Studierenden. Die Vorschläge von LSP/PSL nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich und v.a. für einen Aktionsplan zur Durchsetzung der nächsten Schritte wurden eifrig diskutiert.

www.socialisme.be

USA: Streik

Nach einer Streikwelle von Lehrer*innen 2018 fand im Jänner der bisher größte Streik von Lehrkräften in Los Angeles gegen die Privatisierung von Schulen statt. Nach sechs Tagen Streik errangen sie einen Teilsieg. Socialist Alternative (CWI USA) tritt für eine Ausweitung des Kampfes ein und macht deutlich, dass die Demokraten keine Bündnispartner sind, da sie genauso kürzen.

www.socialistalternative.org



Revolutionärer Internationalismus zwischen den Weltkriegen

Vor 100 Jahren wurde vor den Trümmerhaufen des ersten imperialistischen Weltkriegs die Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet. Als der Weltkrieg bereits im vierten Jahr tobte, nahmen Massenproteste

schenden Kriegstreibern unzählige Arbeiter*innen als Kanonenfutter überantwortete. Man wollte den Platz an der (nationalen) Sonne mit "seinem" Bürgertum teilen. Der "Sozialismus" käme schrittweise von selbst und innerhalb

ner der zentralen Widersprüche des „modernen Kapitalismus“ bzw. seines imperialistischen Stadiums besteht darin, dass der globalen Arbeitsteilung und dem Welthandel die nationalen bürgerlichen Egoismen entgegenstehen. Ohne weitreichende Planung der Wirtschaft und echte Demokratie der Produzent*innen zerfällt es die Gesellschaften. Es wird sich eine Periode von Revolution und Konterrevolution eröffnen. Die gescheiterten und niedergeschlagenen Revolutionen im Westen 1918/19 erhöhten nun massiv den Druck auf die junge Sowjetrepublik, die nach dem Revolutionsjahr 1917 gerade eben den Weltkrieg schwer gezeichnet überstanden hatte. Den führenden Marxist*innen war klar, dass genau dieses Steckenbleiben der internationalen Kette von sozialistischen bzw. Arbeiter*innen-Revolutionen die größte Bedrohung darstellte. Um die Eigentums- und Produktionsverhältnisse grundlegend zu ändern sowie die nötigen Räte-Demokratien aufzubauen, muss es eine "Weltpartei der sozialistischen Revolution" geben. Die 2. Internationale war eine lose Zusammenkunft nationaler Parteien und hohler Phrasen.

Demgegenüber verfügte die Komintern über programmatische Verbindlichkeit und eine zentrale Führung. Die innere Demokratie verlangte große Opfer: Trotz widrigster Umstände wurden zwischen Frühjahr 1919 und Ende 1922 vier (!) Weltkongresse organisiert. War die Gründung der Komintern alternativlos, kam sie jedoch unverschuldet zu einem ungünstigen, weil verspäteten Moment. Der Revolutionär Leo Trotzki fasste dies 1924 in „Fünf Jahre Komintern“ zusammen: "Der Krieg führte nicht direkt zum Sieg des Proletariats in Westeuropa. Es ist heute nur zu offensichtlich, was 1919 und 1920 für den Sieg fehlte: eine revolutionäre Partei fehlte." Die mächtige "Nachkriegsmassengärung" begann bereits abzuebben.

Die Folgen der anti-revolutionären Rolle der sozialdemokratischen Führungen brach nicht nur der ersten Welle revolutionärer Versuche das Genick. Sie ermöglichte auch den Aufstieg des Faschismus. Die tödliche Gefahr für die Komintern entsprang denselben Quellen, die zum Aufstieg der stalinistischen Bürokratie in der nunmehrigen Sowjetunion führten. Die Isolation, allgemeiner Mangel und Erschöpfung erleichterten das

Wachstum von Bürokratie und Polizeistaatlichkeit. Es kann hier nicht ausführlich der weitere Verlauf geschildert werden. Nur soviel: Im Laufe der 20er- und 30er-Jahre, parallel zur Stalinisierung der UdSSR und dem damit verbundenen Bruch mit Prinzipien von Räte-Demokratie und Internationalismus, degenerierte auch die Komintern, bis sie nur noch den Interessen der Moskauer Bürokratie diene. Es folgte ein Zick-Zack, wobei zuerst die gesamte Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus erklärt wurde, nur um wenig später eine Bündnisoffensive mit den großen bürgerlichen Parteien auszurufen. Der Höhepunkt dieses völligen Verrats an der internationalen Arbeiter*innenklasse war der Hitler-Stalin-Pakt 1939. Stalin entledigte sich danach 1943 der blutleeren Komintern und löste sie auf.

Der Aufbau einer "Weltpartei der sozialistischen Revolution" ist heute die entscheidende Aufgabe für jede/n, der/die sich wirklich um die Zukunft auf diesem Planeten schert. Die Bedingungen dafür sind – trotz aller Schwierigkeiten – heute entschieden vorteilhafter als in der Phase 1919–1938. Es gilt keine Ausrede.

Franz Neuhold

War das Wirken der ursprünglichen Komintern nur von kurzer Dauer, so ist ihre Aufgabe heute akut.

und Ansätze sozialer Revolutionen vielerorts an Fahrt auf. Sie waren inspiriert vom Sturz des russischen Zaren und etwas später erzürnt von der kapitalistischen Übergangsregierung, die den Krieg fortgesetzt hatte. Die Sozialdemokratien hinderten die revolutionären Arbeiter*innen jedoch daran, eine neue Gesellschaft zu errichten. Schließlich hatten es sich viele der bürokratischen Funktionär*innen gut eingerichtet im bürgerlichen Nationalstaat – materiell wie philosophisch-theoretisch.

Die grundlegende internationalistische Ausrichtung der späteren Komintern war bereits zu jener Zeit gefestigt worden, als die Mehrheit der 2. (sozialdemokratischen) "Internationale" ihren jeweils herr-

der etablierten staatlichen Gerüste; soweit der selbstzufriedene Ansatz des "Reformismus". Um das zu erreichen, müsse und dürfe man in friedlichen Zeiten natürlich um Lohnerhöhungen ringen und im Parlament hin und wieder aufs Pult hauen. Doch im Krieg gibt es plötzlich wieder das "Vaterland", für das man zu sterben und zuvor Arbeiter*innen anderer Länder zu töten habe. Dieser letzte Teil reformistischer "Logik" entfalte sich allerdings erst, als er dies musste. Der Schock saß dementsprechend tief, als im Sommer 1914 die "Internationale" infolge der Kriegsunterstützung binnen Tagen kollabierte.

Doch die damaligen Internationalist*innen bauten entgegen der allgemeinen Stimmung auf folgende Einschätzung: Ei-

Fünf Gründe, warum...

1 Der unsoziale Charakter:

Massensteuern sind zutiefst unsozial. Während sie scheinbar für alle gleich hoch sind, treffen sie Menschen mit niedrigem Einkommen viel stärker. Da sie meist fast

...wir für die Abschaffung von Massensteuern sind.

ihr gesamtes Einkommen für Wohnen und Nahrung ausgeben müssen, zahlen sie quasi eine Kopfsteuer von 10-20%.

2 Die nicht funktionierende Prävention:

Der angestrebte Lenkungseffekt von Massensteuern, beispielsweise in Form einer Tabaksteuer oder der Besteuerung

auf besonders zuckerhaltige Produkte greift nicht und straft nur Menschen für ihre Sucht. Stattdessen bräuchte es ein umfassendes Präventionsprogramm und die gezielte Förderung von gesunden und leistba-

ren Lebensmitteln. Und Nulltarif bei ausgebauten Öffis!

3 ÖKO-Steuern sind scheinheilig:

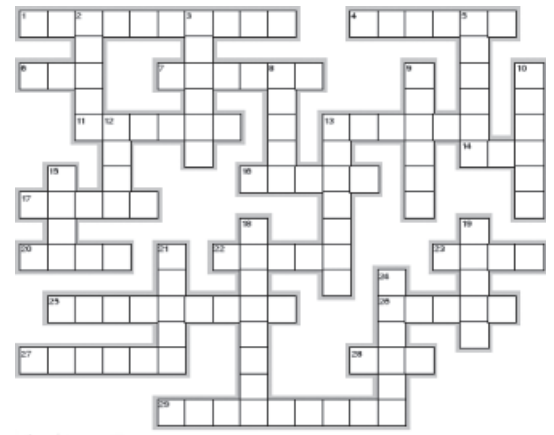
Ök o - S t e u - ern nehmen Konzerne aus der Verantwortung, stattdessen werden Konsument*innen zur Kasse gebeten, die sich saubere Alternativen oftmals gar nicht leisten

können. Der Klimasünder Nr.1 ist die Industrie, die für schnelle Profite unsere Erde opfert - nicht die Konsument*innen!

4 Frauen besonders betroffen: Frauen haben ohnehin ein niedrigeres Einkommen, müssen aber für Frauenhygieneartikel wie Binden, Tampons oder Slipeinlagen 20% Umsatzsteuer zahlen, während beispielsweise für Schnittblumen 10% verrechnet werden.

5 Es gibt eine Alternative:

Um Staatsausgaben zu decken, braucht es keine Massensteuern. Letztere sollen das Eigentum der Reichen schützen. Schluss mit Massensteuern, stattdessen als ersten Schritt hohe Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen.



Waagrecht

1 eine Theorie zur Gleichberechtigung **4** Neffe von Dagobert **6** das produzieren die streikenden Frauen in Sri Lanka **7** Hier wurde der 8. Zusatz weg-gekämpft **11** „Erfinderin“ des internationalen Frauentages **13** Internetriese mit Sexismus-Problem **14** dt. Schwesterorganisation der SLP **16** Gegenteil von Privat **17** da kann man im Urlaub schlafen **20** Präsident Brasiliens **22** Aufschrei gegen Sexismus im Netz **23** stolze Besitzerin einer Vagina **25** Gemeinsam, anderes Wort **26** Freihandelsabkommen USA-Mexiko-Kanada **27** folgt der Ersten **28** nordamerikanischer Staat **29** da sagten die Frauen #ErNicht

Senkrecht

2 Monat mit Frauentag **3** organisierte Arbeitsverweigerung **5** Sozialistisch-Feministische Organisation in Spanien (1. Wort) **8** Gegenteil von Tag **9** Hat über den Ursprung geschrieben **10** ...ist politisch **12** Anzahl ö. Fachgewerkschaften mit Vorsitzender **13** hier streikten 16.000 Beschäftigte für gleichen Lohn **15** Farbe, Name & Organisation **18** Diskriminierung nach Geschlecht **19** umstrittener oberster Richter (USA) **21** monatliche Ausgabe für Wohnen **24** britische Gewerkschaft

Sende Kopie oder Foto des fertigen Rätsels „Frauen“ an slp@slp.at oder SLP, Pappenheimg. 2/1, 1200 Wien – unter allen Einsendungen verlosen wir ein Vorwärts-Jahresabo.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



15.3.: Schulstreik gegen Klimawandel

Am 15.3. werden in über 40 Ländern hunderttausende Jugendliche für radikalen Klimaschutz streiken.

fen verbinden. Es gibt auch Solidarität von Gewerkschaften. In Australien hat die National Union of Wor-

Die Klimakrise ist kein isoliertes Problem, dass durch „Grünen Kapitalismus“ zu lösen ist. Grüner

grundlegend anderes System, das sich an den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientiert und demokratisch organisiert ist.

Um das zu erreichen, brauchen wir Streiks die die Wirtschaft treffen, eine breite soziale Bewegung, Forderungen die den Rahmen des Kapitalismus sprengen und eine neue Partei die den Kampf mit uns führt. Du willst mitstreiken? Auf Seite 6 steht, wie's geht! **Phillip Chmel**

*Weder „bessere Politiker*innen“ noch „bewusster Leben“, sondern nur ein Systemwechsel kann das Klima retten!*

Von Lehrenden erfährt die Bewegung viel Solidarität. Nun müssen wir den Kampf um Klimagerechtigkeit mit sozialen Kämp-

kers ihre Teilnahme an den Klimastreiks angekündigt und in Belgien ruft die Lehrer*innengewerkschaft zur Unterstützung auf.

Kapitalismus ist der Versuch, die Ursachen des Problems als dessen Lösung darzustellen. Stattdessen brauchen wir ein



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-

Sozial-Abo: € 14,-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat

Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 2560000000000000000000

BIC: OPSKATWW



> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | /slp.cwi

Termin

Klima-Protest-tag

5. 4. 2019 |
17⁰⁰ Uhr |
Christian-Broda-Platz

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Café Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)